

Der BaZ-Gast: Reiner Eichenberger*

Erfolgsmodell Schweiz: Bitte weiter so!



Überall kann man es lesen und hören: Die Schweiz habe keine Freunde mehr, stehe mit dem Rücken zur Wand und sei zu klein für einen Alleingang. Ihre typischen Institutionen wie direkte Demokratie und kleinräumiger Föderalismus ohne starke zentrale Führung seien der Dynamik der Globalisierung nicht gewachsen, und die Zeiten des Rosinenpickens – etwa mit der Beherrschung von steuerscheuem Geld – seien endgültig vorbei.

Diese Unkenrufe entspringen dem Nirwana-Ansatz: Sie messen die Schweiz an einem unrealistischen Ideal. Eine vernünftige Analyse ist jedoch vergleichend und misst die Schweiz an realistischen Alternativen. Eine solche Analyse kommt zum gegenteiligen Schluss: 2009 war ein Vollerfolg für die Schweiz. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Spreu vom Weizen getrennt. Vor der Krise wurde geunkelt, die Schweiz falle wirtschaftlich schnell zurück. Illustriert wurde das oft mit den damaligen Wachstumswunderländern Irland und Island. Nun sind deren Wachstumsblasen kläglich geplatzt. Aber auch im Vergleich mit den anderen «Erfolgsmodellen» meisterte die Schweiz die Krise hervorragend, obwohl sie mit ihrer starken Exposition

im Finanzmarkt leicht ein Hauptopfer hätte sein können. Diesen Erfolg verdankt sie weitgehend ihrem System – der direkten Demokratie und dem kleinräumigen Föderalismus. Es führt zu relativ gesunden Staatsfinanzen und tiefen Staatsschulden, sodass die Schweiz finanziell weit gesünder und widerstandsfähiger als andere Staaten in die Krise kam. Zudem mindert es den kurzfristigen Verantwortlichkeits- und Popularitätsdruck auf die Regierung, was dieser erlaubte, die schwierige

Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren die relative Position der Schweiz massiv verbessert.

Situation viel ruhiger als ausländische Regierungen anzugehen und die knappen Mittel nicht mit überhissenen und wenig wirksamen Stabilisierungsprogrammen zu verpulvern.

BEDRÄNGT. Dass die Schweiz nun «ohne Freunde» dastehe, ist wenig verwunderlich. Die früheren «Freunde» sind finanziell derart abgestürzt, dass sie jeden Euro und Dollar überall auf der Welt jagen müssen. So ist es auch

kein Misserfolg, wenn viele ausländische Regierungen die Schweiz bedrängen. Vielmehr zeigt es die starke relative Position des Landes. Diese ist von grösster Bedeutung, denn aus ihr schöpft die Schweiz einen Teil ihres Wohlstands. Deshalb ist es auch nicht dramatisch, wenn nun bisherige Schweizer Spezialitäten wie das Bankgeheimnis unter Druck geraten. Entscheidend ist vielmehr, dass die Bedingungen hier besser bleiben als im Ausland. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren die relative Position der Schweiz massiv verbessert. So haben rundherum die Staatsverschuldung und damit der in Zukunft zu erwartende Steuer-, Abgaben- und Überwachungsdruck sowie die Verunsicherung über die Stabilität der Altersvorsorgesysteme massiv zugenommen. Bei dem riesigen Stabilitätsgefälle bietet der Standort Schweiz auch mit aufgeweichtem Bankgeheimnis hervorragende Geschäftsmöglichkeiten. Schuldgefühle wären ob des relativen Erfolgs der Schweiz aber genau so deplaziert wie Schadenfreude. Auch wenn man einzelne Geschäftsfelder und Handlungen von Schweizer Firmen als ethisch zweifelhaft betrachtet: Die Schweiz ist allenfalls eine Last für die Regierungen der anderen Länder, aber nicht für deren Bürger. Denn die politische Realität ist von Interessens-

gegensätzen zwischen Regierungen und Bürgern und von Überbesteuerung und Überregulierung geprägt. Da bietet die Schweiz mit ihren Besonderheiten Alternativen und Ausweichmöglichkeiten, die disziplinierend auf die Regierungen und befreiend für die Bürger anderer Länder wirken.

LIBYENABENTEUER. Schliesslich hat sich gerade auch 2009 wieder gezeigt, wie müssig der Ruf nach einer stärkeren Führung mit mehr Verantwortung ist. Die Libyenabenteurer von Bundesrat Merz sind nicht Folge von schwachem, sondern von starkem Führungsanspruch und Verantwortungsgefühl. Sie illustrieren bloss, wohin Führungswille im Minenfeld internationaler Beziehungen leicht führt: zu Fehlern, Erpressbarkeit und unwägbareren Verstrickungen. Dass dies ein allgemeines Problem ist, zeigen die viel schwerwiegenderen Misserfolge von Ländern wie den USA oder Grossbritannien, die sich gerade wegen ihrer «starken Führung» in grauenhaften internationalen Verstrickungen wiederfinden. Für 2010 und die kommenden Jahre kann man deshalb der Schweiz nur wünschen, dass sie ihre Erfolgsrezepte bewahren und sogar ausbauen kann.

* Reiner Eichenberger ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg.

nachrichten

Weniger Unterdeckung bei Pensionskassen

BERN. Die Situation der Schweizer Pensionskassen hat sich dank der Erholung an den Finanzmärkten verbessert: Der Anteil der Kassen, die eine Unterdeckung aufweisen, ging deutlich zurück. Der Schweizerische Pensionskassenverband Asip schätzt den Anteil der Kassen mit Unterdeckung auf noch 20 Prozent. Die Situation sei aber «noch keineswegs normalisiert». SDA

Temenos kauft Viveo für 81 Millionen Dollar

GENÈVE. Der Bankensoftware-Hersteller Temenos will die französische Viveo Group übernehmen. Temenos zahlt dafür 81 Millionen Dollar, teilt das Unternehmen mit. Es handle sich um die grösste Übernahme in der Unternehmensgeschichte. Mit dem Kauf erlange Temenos die Marktführerschaft in Frankreich. SDA



US-Grossbanken zahlen zurück

NEW YORK. Wells Fargo und Citigroup haben die Staatshilfe zurückgezahlt, die sie in der Finanzkrise vor dem Kollaps bewahrt hatte. Die beiden US-Grossbanken überwiesen insgesamt 45 Milliarden Dollar, die sie aus dem Rettungsprogramm erhalten hatten. Sie waren die letzten Grossbanken, die der Regierung noch Geld schuldeten. Die meisten Konkurrenten hatten die Hilfen im Juni zurückgezahlt. Wells Fargo zahlte 25 Milliarden, Citigroup 20 Milliarden Dollar. Zudem kündigte Citigroup ein Abkommen, mit dem die US-Regierung der Bank Garantien für Anlagen von 250 Milliarden Dollar gab. SDA

Wenig Beschwerden bei UBS-Rechtshilfe

Rund 200 Verfügungen rechtskräftig

ZÜRICH/BERN. Viele UBS-Kunden wehren sich nicht gegen die Übergabe ihrer Bankdaten an die USA: In der Amtshilfe im Steuerstreit sind bisher rund 200 Schlussverfügungen rechtskräftig geworden, sagte Beat Furrer, Sprecher der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) auf Anfrage zu einem Bericht der «NZZ am Sonntag». Es geht um 250 am 17. November verschickte Verfügungen, deren Einsprachefrist am 17. Dezember abließ. Insgesamt wurden bisher rund 600 Schlussverfügungen verschickt. Gemäss dem Bericht gingen bis vergangenen Mittwoch beim Bundesverwaltungsgericht 17 Beschwerden ein. Wie Furrer weiter sagte, wird nun ein Abgleich mit dem Bundesverwaltungsgericht gemacht und eine bestimmte Sicherheitsfrist beachtet, bevor die ersten Daten an die USA ausgeliefert werden.

Das Amtshilfegesuch, das insgesamt 4450 UBS-Konten betrifft, ist eine Folge des Abkommens zwischen der Schweiz und den USA, das im August unterzeichnet wurde. Die Schweiz verpflichtete sich, innert 90 Tagen die ersten 500 Schlussverfügungen zu erlassen. Für die Übrigen gilt eine Frist von 360 Tagen. Ende August 2009 hatten die USA das Amtshilfegesuch bei der ESTV eingereicht. Das Bundesverwaltungsgericht rechnet in den nächsten Monaten mit bis zu 500 Beschwerden. Um die Prozessflut bewältigen zu können, bewilligte das Parlament Anfang Dezember zwei befristete Richterstellen und wählte zwei zusätzliche Richter ans Bundesverwaltungsgericht. AP

Kosmetikindustrieller Yves Rocher gestorben

Schönheit aus Pflanzen

PIONIER. Mit 79 Jahren ist am Samstag der französische Kosmetikindustrielle Yves Rocher in Paris einem Hirnschlag erlegen. Er hatte bei der Entwicklung seiner Schönheitsmittel von Beginn weg auf pflanzliche Wirkstoffe gesetzt. In zahlreichen Nachrufen wird Yves Rocher darum als Pionier einer «grünen» Schönheitspflege gewürdigt. Im bretonischen Dorf La Gacilly begann der Sohn der Hutmacherfamilie Rocher mit 14 Jahren seine Laufbahn mit der Entwicklung einer Pommade für Hämorrhoiden dank der Ratschläge einer kräuterkundigen Frau. Zeitlebens leitete der Unternehmer seine zum Weltunternehmen gewordene Firma aus seinem Geburtsort, über den er wie ein Patriarch auch politisch als Bürgermeister von 1962 bis 2008 uneingeschränkt herrschte.

Noch heute sind mehr als 1300 Personen in La Gacilly in der Kosmetikerherstellung tätig. Die Firma Yves Rocher, zu der auch die Marken Daniel Jouissance, Kiotis und die Kinderkleider Petit Bateau gehören, erzielte im letzten Jahr mit 1700 Verkaufsstellen in rund 80 Ländern einen Umsatz von mehr als drei Milliarden Franken. Die Geschäftsleitung hatte der unermüdeten Rocher vor zwei Jahren seinem Enkel Bris übergeben. R.B.

Migros spürt die Krise

Herbert Bolliger rechnet mit Aldi und Lidl ab



Verärgert. Migros-Chef Herbert Bolliger sind die Harddiscounter Lidl und Aldi ein Dorn im Auge. Foto Keystone

Die Konkurrenz durch die deutschen Harddiscounter setzt Migros-Chef Herbert Bolliger zu. Deren Preiskampf sei «brutal» und «der volkswirtschaftliche Schaden enorm». Einen Stellenabbau schliesst er aber aus.

Auch die Migros spürt die Krise. Das Weihnachtsgeschäft blieb hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Und auch im Gesamtjahr macht der Grossverteiler kaum mehr Umsatz. Schuld sind sinkende Preise – und die durch die Konkurrenz aus Deutschland ausgelösten Preissenkungen, sagt Migros-Chef Herbert Bolliger: «Die Preisdrückerei in Deutschland schwappet auf die Schweiz über», ärgert sich Bolliger im Interview mit der Zeitung «Sonntag». «Das ist eine ungesunde Entwicklung, die auch hierzulande volkswirtschaftliche Probleme verursacht.»

Bolliger greift im Interview die deutschen Harddiscounter Aldi und Lidl erneut scharf an. «Deren Besitzer werden immer reicher und drücken auf Kosten der Produzenten und Mitarbeiter permanent

die Preise», sagt der Migros-Chef. Der volkswirtschaftliche Schaden sei «enorm», der «brutale» Preiskampf vernichte ganze Existenzen. Die Harddiscounter drückten die Preise bei den falschen Produkten, so Bolliger weiter: «Bei den Milchbauern wird der letzte Cent rausgewürgt, damit der Milchpreis nochmals gesenkt werden kann.» Eine gefährliche Spirale sei auch bei den Löhnen im Gang, wo in Deutschland Leiharbeiter zu einem Stundenlohn von sieben Euro eingestellt würden.

MITZIEHEN. Angesichts dieses Drucks aus dem Ausland bleibt Migros keine andere Wahl, als die Preise ebenfalls zu senken. Das wiederum wirkt sich auf den Umsatz des Orangen Riesen aus, der 2009 lediglich auf Vorjahresniveau stagnierte. Die verkauften Mengen seien zwar höher, so Bolliger, die Preise aber im Schnitt viel günstiger als letztes Jahr. Im Oktober habe die Teuerung im Supermarktbereich bei minus drei Prozent gelegen, verglichen mit plus 2,5 Pro-

zent ein Jahr zuvor. Diese Differenz von 5,5 Prozent habe über mehr Menge nicht wettgemacht werden können.

Innerhalb des Migros-Konzerns gibt es laut Bolliger ganz unterschiedliche Entwicklungen: Bei Migrol und Hotelplan gehe der Umsatz zurück. Sehr gut arbeite M-Electronics, und Denner behaupte sich «hervorragend». Gut liefen auch der Sportbereich, Migrolino-Shops und die Migrosbank. Für das kommende Jahr stellt Bolliger einen Umsatz auf dem Niveau von 2009 in Aussicht. Einen Stellenabbau schliesst er aus, doch werde die Zahl der Mitarbeitenden im Konzern zurückgehen.

In einem Interview des «Sonntagsblicks» verwies ausserdem der Präsident der Verwaltung des Migros-Genossenschaftsbunds, Claude Hauser, auf den Mangel an günstigen Kinderkrippeplätzen. Er sagte, die Migros könnte Hand zu einer Lösung bieten: Seine Vision sei, dass jede Frau während der Arbeitszeit eine Betreuung für die Kinder finde. SDA/AP

Schnellster Zug der Welt fährt los

PEKING. In China hat der schnellste Zug der Welt den Betrieb aufgenommen: Der zwischen dem zentralchinesischen Wuhan und der Provinzhauptstadt Canton im Süden des Landes verkehrende Zug erreicht eine Spitzengeschwindigkeit von 394 Kilometern pro Stunde, teilen die Behörden mit. Mit dem Zug verkürzt sich die Fahrzeit für die 1069 Kilometer lange Strecke von zehn auf drei Stunden. SDA

Scheichs setzen auf Atomkraft

ABU DHABI. Ein südkoreanisches Konsortium baut in den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Atomkraftwerk im Wert von 20 Milliarden Dollar. Dies wurde gestern beim Besuch des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak vereinbart, berichtet die Nachrichtenagentur WAM. Das erste AKW in der Golf-Region soll aus vier Reaktoren bestehen. SDA

Blanko-Schecks für Immobilienfinanzierer

WASHINGTON. Die mit Milliardenverlusten kämpfenden US-Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac können in den nächsten drei Jahren unbegrenzt Kredit beim Staat aufnehmen. Die bisherige Grenze von jeweils 200 Milliarden Dollar wurde aufgehoben. Nach dem 31. Dezember hätte die Regierung für jede weitere Kapitalaufstockung die Zustimmung des Kongresses einholen müssen. SDA